

Sozialismus

Heft 5-2017 | 43. Jahrgang | EUR 7,00 | C 12232 E

www.Sozialismus.de

Die Türkei nach dem
Verfassungsreferendum



Butterwegge, Bischoff/
Müller: Armutsbericht



Damiano Valgolio:
Zeit für Verbindlichkeit

Stefan Krull: Automobil-
industrie auf Abwegen

**Forum
Gewerkschaften**

Heinrich Hannover:
60 Jahre KPD-Verbot



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

AfD auf Rechtskurs



Die Rechtspopulisten haben ihr Wahlprogramm verabschiedet und nach heftigen personellen Querelen, in deren Folge Frauke Petry auf eine Spitzenkandidatur verzichtet hat, ein Spitzenduo gewählt, das den stramm rechtsnationalen Flügel mit Alexander Gauland und den rechtskonservativen Wirtschaftsflügel mit Alice Weidel einbinden soll. ...

Sinkflug der grünen Partei



Die Partei »Die Grünen« liegt in der Wählergunst so schlecht wie seit 15 Jahren nicht mehr und nähert sich der 5%-Marke, die für den Einzug in den Bundestag entscheidend ist. ...

Öffentliche Armut – Schuldenbremse – Stärkungspakt



Städte und Kreise in NRW ächzen unter den Lasten, die ihnen Strukturwandel, Steuergesetzgebung und soziale Not aufbürden. Doch sind diese Rahmenbedingungen in letzter Hand politisch gestaltet. Die rot-grüne Landesregierung hatte sechs Jahre Zeit, diese Last zu lindern. ...

Wahlen, Referenden & ideologischer Ballast

Redaktion Sozialismus:

Macron – eine Chance für Europa? 2

Redaktion Sozialismus:

Türkei – Unsichere Zukunft 6

Heinz Bierbaum: Hoffnung nach dem Referendum

Zur Situation der italienischen Linken 12

Heiko Bolldorf: Kroatien – MOST und HDZ lassen den

»ideologischen Ballast« hinter sich 16

Bilanzen der Berliner Republik

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik:

Vier Jahre Große Koalition – verpasste Chancen 21

Christoph Butterwege: Verschleierung des Reichtums, Verharmlosung

der Armut. Zum 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 27

Joachim Bischoff/Bernhard Müller:

Soziale Spaltung und Rechtspopulismus 32

Forum Gewerkschaften

Damiano Valgolio: Zeit für Verbindlichkeit

Zur Stärkung des Tarifsystems müssen mehr Tarifverträge

allgemeinverbindlich werden 37

Stephan Krull: Autokrieg

Krise und Zukunft einer Schlüsselindustrie 40

Der Neoliberalismus und die »Vergessenen«

Eberhard Fehrman: Die Arbeiterklasse und

der Vormarsch des Rechtspopulismus 45

Klassen-Justiz?

Rolf Geffken:

Recht als Politik? 53

Heinrich Hannover: Verhinderte historische Alternativen. Das KPD-Verbot

von 1956 und die Folgen für die bundesrepublikanische Justiz 57

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 55

Veranstaltungen & Tipps 64

Klaus Schneider: »The Founder« (Filmkritik) 65

Supplement

FORUM GEWERKSCHAFTEN

Pfadwechsel in der Tarifpolitik

Plädoyer für ein verteilungspolitisches Gesamtkonzept

Verschleierung des Reichtums, Verharmlosung der Armut

Zum Fünften Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

von | Christoph Butterwegge

Nach monatelangen Verzögerungen, die nicht zuletzt in Meinungsverschiedenheiten zwischen CDU/CSU und SPD wurzeln, liegt der Armuts- und Reichtumsbericht dieser Bundesregierung seit dem 12. April 2017 vor. Erst im Oktober 2016 hatte das von Andrea Nahles (SPD) geleitete Arbeits- und Sozialministerium seinen ursprünglichen Berichtsentwurf zur ersten Ressortabstimmung an die übrigen Ministerien weitergeleitet. Ihm folgten aufgrund der Einwände des Bundeskanzleramtes und des Finanzministeriums, beide von Unionspolitikern geführt, zwei weitere Entwurfsfassungen, bevor am 23. März 2017 die endgültige Ressortabstimmung begann und das mehr als 600 Seiten umfassende Dokument ausgerechnet in der Woche vor Ostern, als eine geringe Aufmerksamkeit der Medien und der Öffentlichkeit dafür garantiert war, im Bundeskabinett beschlossen wurde.

Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ministerien

Einwände des Bundeskanzleramtes und des Finanzministeriums hatten eine Streichung zentraler Aussagen des ursprünglichen Berichtsentwurfs zur Folge. Beanstandet wurden Passagen, in denen es um die Negativeffekte der sozialen Ungleichheit, die Notwendigkeit einer Behebung der Verteilungsschieflage, die

Möglichkeit der Einflussnahme wohlhabender Bevölkerungsgruppen auf politische bzw. Regierungsentscheidungen und die Beeinträchtigung der politischen Repräsentation durch eine sinkende Wahlbeteiligung armer Bevölkerungsschichten ging.

Daraufhin entfielen die theoretischen Überlegungen zum Verhältnis von Armut, Reichtum und (repräsentativer) Demokratie. Gestrichen wurde das »Einfluss von Interessensvertretungen und Lobbyarbeit« überschriebene Unterkapitel, zusammengestrichen das Ergebnis einer Untersuchung, wonach die Wahrscheinlichkeit für eine Politikänderung wesentlich höher ist, wenn diese von vielen Befragten mit höherem Einkommen unterstützt wird.

Christoph Butterwegge ist Armutsforscher, Professor für Politikwissenschaft im Ruhestand an der Universität zu Köln, Mitglied der Forschungsstelle für interkulturelle Studien (FiSt).



Grafik: pixabay

Die folgende Feststellung fiel ebenfalls dem Rotstift zum Opfer: »Personen mit geringem Einkommen verzichten auf politische Partizipation, weil sie die Erfahrung machen, dass sich die Politik in ihren Entscheidungen weniger an ihnen orientiert.« Hieraus entsteht, was Sozialwissenschaftler eine »Krise der politischen Repräsentation« nennen – auch dieser Fachbegriff wurde getilgt. Das ändert jedoch nichts an dem Problem: Arme fühlen sich nicht mehr von den politischen Entscheidungsträgern vertreten und beteiligen sich deshalb weniger stark an Wahlen, was in einem politischen Teufelskreis wiederum dazu führen kann, dass die etablierten Parteien ihnen und ihren Interessen noch weniger Beachtung schenken.

Umformuliert wurde auch ein Absatz, in dem es hieß, hohe Ungleichheit könne nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt beeinträchtigen, sondern auch das Wirtschaftswachstum dämpfen, weshalb die »Korrektur von Verteilungsergebnissen« als »wichtige gesellschaftliche Aufgabe« gelten müsse: »Dabei sollte nicht nur die Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen, sondern auch die Primärverteilung in den Blick genommen werden. Je geringer die Ungleichheit der Primärverteilung ist, desto weniger muss der Staat kompensierend eingreifen.« Nach der ersten Ressortabstimmung im Spätherbst 2016 beschwichtigte man den Leser, die Auswirkungen großer sozialer Ungleichheit auf das Wirtschaftswachstum eines Landes seien empirisch nicht eindeutig belegt.

Berichtskosmetik dieser Art wurde nicht hinter verschlossenen Amtstüren, sondern vor aller Augen betrieben. So kann größeren Teilen der Öffentlichkeit bewusst werden, dass Armut und Reichtum politisch-normative Begriffe sind und selbst innerhalb des Regierungslagers unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe existieren. Deshalb wäre es falsch, Armuts- und Reichtumsberichte künftig, wie manche KritikerInnen – genannt sei nur der Paritätische Wohlfahrtsverband – vorschlagen, von einem Sachverständigenrat aus »unabhängigen« Wissenschaftlern erstellen zu lassen. Damit würde die Bundesregierung von ihrer Verpflichtung entbunden, selbst klar Position hinsichtlich der Einkommens- und Vermögensverteilung bzw. der Verteilungs(un)gerechtigkeit zu beziehen.

»Dritte Welt«-Armut in Deutschland?

Angesichts der vermehrten Fluchtmigration nach Deutschland und der exzessiven Diskussion darüber kommen die Armut der Flüchtlinge und ihre Folgen im Regierungsbericht zu kurz. Dabei sind vier besonders markante Entwicklungen absehbar:

1. nehmen Formen extremer Armut aufgrund der Fluchtmigration (wieder) spürbar zu. Wenn sich Bundesinnenminister Thomas de Maizière mit seiner Forderung nach Aufhebung der Duldung behauptet, werden erheblich mehr MigrantInnen aus Angst vor ihrer Abschiebung untertauchen. Zehntausende zusätzliche Illegale bzw. Illegalisierte bedeuten in der Konsequenz, dass sich in deutschen Städten »Dritte Welt«-Elend ausbreiten kann, weil sie keinen regulären Zugang zu Sozial- und Gesundheitsleistungen haben.
2. dürfte sich die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland durch die Zuwanderung überwiegend mittelloser Flüchtlinge vertiefen. Obwohl die von der EU bei 60 Prozent des

mittleren bedarfsgewichteten Nettoeinkommens angesetzte Armuts(risiko)schwelle durch Flüchtlinge im Transferleistungsbezug und im Niedriglohnsektor tendenziell sinkt, könnte die Armuts(gefährdungs)quote als Indikator für das Ausmaß relativer Armut weiter steigen.

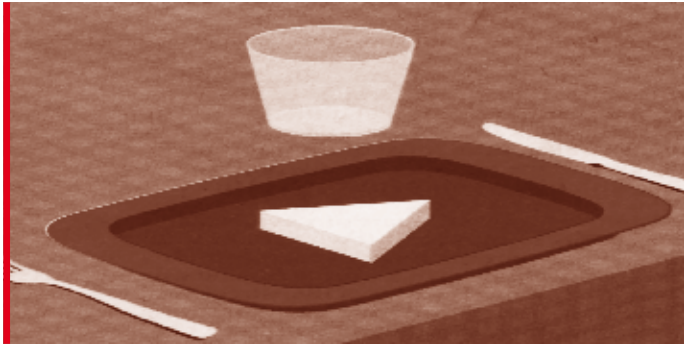
3. besteht die Gefahr einer dauerhaften ethnischen Unterschichtung der Gesellschaft, und zwar vor allem dann, wenn Geflüchtete sozial ausgegrenzt, nach dem Verlassen der Erstaufnahmeeinrichtungen in Wohnsilos am Rande der Städte gedrängt und hinsichtlich (Aus-)Bildung, Gesundheit, Freizeit, Sport und Kultur diskriminiert werden. Problematisch ist auch, dass Asylberechtigte, nach der Genfer Flüchtlingskonvention hierzulande Geduldete und subsidiär Geschützte häufig in Niedriglohnjobs gedrängt werden oder drängen, etwa weil ihnen nicht bewusst ist, welch hohen Stellenwert man Berufsabschlüssen und Zeugnissen in Deutschland einräumt.
4. droht die Ethnisierung der Armut von einer Verengung des Armutsbegriffs begleitet zu werden. In der (Medien-)Öffentlichkeit könnten Bestrebungen zunehmen, relative Armut noch stärker als bisher zu verharmlosen und bloß noch absolute Armut, d.h. Not und Elend als »wirkliche« Armut anzuerkennen. Eines Tages würde dann womöglich selbst in einem so reichen Land wie der Bundesrepublik als arm bloß noch gelten, wer – überspitzt gesagt – nicht mehr hat als das, was er am Leibe trägt. Schon jetzt wird ein zuletzt feststellbarer Anstieg der Armutsrisikoquote auf die vermehrte Fluchtmigration zurückgeführt und damit als »importierte Armutszunahme« entschuldigt.

Einheimische in absoluter Armut

Weder würdigt der neue Regierungsbericht das Argument, wonach es sich bei Einkommen unterhalb der Armuts(risiko)grenze von 942 Euro netto im Monat für einen Alleinstehenden, berechnet nach dem Mikrozensus 2015, nicht bloß um »Armutsgefährdung«, sondern um Einkommensarmut handelt, noch berücksichtigt er die verdeckte, versteckte bzw. verschämte und die Energiearmut (über 330.000 Haushalten wurde 2015 der Strom, mehr als 43.000 das Gas abgestellt) als wichtige Armutsformen.

Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht ist dicker als seine Vorgänger ausgefallen. Ausgesprochen dünn ist die Datenlage jedoch weiterhin im Kernbereich der absoluten, extremen bzw. existenziellen Armut, also dort, wo es um Wohnungs- bzw. Obdachlosigkeit geht. Wenn offizielle Statistiken zum Problem der Wohnungslosigkeit existieren würden, könnte man die zuständigen Behörden und die politisch Verantwortlichen leichter bewegen, es mit der erforderlichen Konsequenz anzugehen. Bis dahin stützt sich die Bundesregierung auf Schätzungen der BAG Wohnungslosenhilfe, wonach es 2014 in Deutschland wieder mehr als 335.000 Wohnungslose gab. 39.000 Menschen lebten dem Dachverband der Wohnungslosenhilfe zufolge auf der Straße.

Dass »aggressive« BettlerInnen in vielen Städten aus dem öffentlichen Raum verdrängt und auf der Straße lebende Menschen einem rigiden und repressiven Armutsregime ausgesetzt worden sind, für das Polizeirazzien, Platzverweise, Aufenthaltsverbote und Schikanen privater Sicherheitsdienste stehen, verschweigt der Regierungsbericht. Auch die Tatsache, dass der



Karikatur: Economist

Staat selbst Wohnungslosigkeit produziert, indem er Unter-25-Jährige im Hartz-IV-Bezug nach der zweiten Pflichtverletzung so hart sanktioniert, dass ihnen nicht bloß die Geldleistung gestrichen, sondern auch die Miet- und Heizkosten nicht mehr übernommen werden, bleibt unerwähnt.

Reichtum – weiterhin ein Stiefkind der Berichterstattung

Noch dürrtiger sind der Erkenntnisstand und die Datenlage zur (Ungleich-)Verteilung des privaten Reichtums in Deutschland. An der Tatsache, dass der Reichtum in den Regierungsberichten ein Nischendasein fristet, hat sich wenig geändert. Entgegen den Absichtsbekundungen von Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles ist er letztlich ein Stiefkind der statistischen Datenerfassung und -analyse geblieben. Großbanken, transnationale Konzerne, Hedge-Fonds, Private-Equity-Gesellschaften und Vermögensverwalter wie BlackRock, die Unsummen anlegen und dadurch auch politische Macht ausüben, kommen im Fünften Armuts- und Reichtumsbericht überhaupt nicht vor.

Man hat zwar ein Forschungsprojekt zum Reichtum in Auftrag gegeben, ihn allerdings so diffus definiert, dass die soziale Ungleichheit während des Berichtszeitraums kaum gestiegen ist. »Einkommensreich« ist nach der zugrunde gelegten Definition, wer über mehr als das Doppelte bzw. Dreifache des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung verfügt – das sind 3.452 bzw. 5.178 Euro pro Monat (2013: SOEP). Hingegen fehlen aussagekräftige Zahlenangaben wie folgende: Die reichsten Geschwister unseres Landes, Susanne Klatten und Stefan Quandt, beziehen in Kürze für das Jahr 2016 allein 1,074 Mrd. Euro an Dividenden aus ihren BMW-Aktien. Da ihnen auch noch Aktien weiterer Unternehmen wie auch andere Wertpapiere, Grundstücke, Immobilien, Luxusjachten und Privatflugzeuge – kurz: Statussymbole eines selbst für Wohlhabende unvorstellbaren Reichtums – gehören, würden sich die beiden Konzernernben vermutlich totlachen, wenn sie wüssten, dass jemand einen alleinstehenden Studienrat nur aufgrund seines Gehalts für reich hält.

Während das subjektive Empfinden (Schmach, Demütigung, Erniedrigung und Ausgrenzung) sowie die Meinung der Armen nur in einem Workshop mit 30 TeilnehmerInnen zur Debatte standen, wurden für den Regierungsbericht 130 »Hochvermögende«, deren Gesamtvermögen sich im Schnitt gerade mal auf 5,3 Mio. Euro belief, interviewt. Alle zusammen besaßen also weniger, als das Dividendeneinkommen zweier Großaktionäre be-

trägt. Bei einem individuellen Nettovermögen von über 500.000 Euro, d.h. schon dann, wenn jemand in einer begehrten Groß- oder Universitätsstadt der Bundesrepublik eine Eigentumswohnung mittlerer Größe besitzt, gilt man als *vermögensreich*. Obwohl der Bericht auch ein paar relativierende Bemerkungen zu diesem Reichtumsverständnis enthält, drängt sich der Eindruck auf, dass der Forschungsstand wenig erhellend ist. Werden »normale« Mittelschichtangehörige, die im Wohlstand leben, wie selbstverständlich zu den Reichen gezählt, lässt sich die Tatsache, dass sich der wirkliche Reichtum in wenigen Händen konzentriert, leichter verschleiern.

Auslöser und Ursachen der sozialen Polarisierung

Über weite Strecken bleibt der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht deskriptiv, wohingegen er größere analytische Tiefenschärfe vermissen lässt. Dies mag daran liegen, dass seine AutorInnen die Fachliteratur unzureichend rezipiert haben, wie sein (Quellen- und) Literaturverzeichnis erkennen lässt. Gerade bezüglich der Armut kommen die VerfasserInnen über Leseerträge, die in Proseminaren nur Hohn und Spott ernten würden, nicht hinaus. Selbst anerkannte Standardwerke der Armutssoziologie sowie Kapitalismus- und Fundamentalkritik, die namhafte AutorInnen an der staatlichen Sozialpolitik üben, werden ignoriert.

Ganz offenbar geht es der Regierung als Berichterstatte-rin nicht darum, die bestehenden Eigentums-, Vermögens- und Einkommensverhältnisse zu erfassen, sondern nur darum, sie zu rechtfertigen. Sonst würden die folgenden zwei Erkenntnisse der neueren Ungleichheitsforschung berücksichtigt: Aufgrund des systemimmanenten Trends zur sozialen Polarisierung im Finanzmarktkapitalismus der Gegenwart nehmen Reichtum und Armut gleichermaßen zu. Man kann von einem sozialen Pater-noster-Effekt sprechen: Während die einen nach oben fahren, fahren die anderen nach unten. Zumindest wer sehr reich ist, ist auch politisch einflussreich, wohingegen sich Arme häufig wie Fremde im eigenen Land fühlen und eine prekäre Existenz häufig zur Wahlabstinentz der Betroffenen führt.

Um eine große nationale Debatte über die Kluft zwischen Arm und Reich in Gang zu setzen und eine Kampagne für politische Gegenmaßnahmen anzustoßen, müsste der Regierungsbericht einräumen, dass die soziale Spaltung aus einer Zangenbewegung resultiert: Einerseits wurde denen »da unten« seit der Jahrtausendwende mehr Druck gemacht, etwa durch die Lockerung des Kündigungsschutzes, die Prekarisierung der Arbeitswelt (Einführung von Mini- und Midijobs), die Liberalisierung der Leiharbeit sowie die Erleichterung von Teilzeit-, Werk- und Honorarverträgen. Reallohnsenkungen und Sozialkürzungen waren mithin weder ein unsozialer Kollateralschaden der Globalisierung noch ein sozialpolitischer Betriebsunfall, sondern das Ergebnis einer Regierungspolitik, die der neoliberalen Standortlogik folgend optimale Kapitalverwertungsbedingungen schaffen wollte. Andererseits wurden die »da oben« über Jahrzehnte hinweg systematisch von Regulierungen, Steuern und (Sozial-)Abgaben befreit. Dass die Reichen reicher und die Armen zahlreicher wurden, war eine logische Folge der genannten Maßnahmen.

Kinder- und Altersarmut im Regierungsbericht

Kam das Stichwort »Kinderarmut« im Vierten Armuts- und Reichtumsbericht nur in den Fußnoten bzw. den dort aufgeführten Titeln zitierter Fachliteratur vor, so befasst sich der Fünfte ausführlich damit und widmet ihr mehrere Kapitel. Auch er ist aber nicht frei von einer Verharmlosung der Finanznöte vieler Familien. Dafür steht die folgende auf das EU-Konzept der materiellen Deprivation gestützte Feststellung in den ersten beiden Entwürfen: »Nur wenige Kinder in Deutschland leiden unter materiellen Entbehrungen.« In der Endfassung wurde vor den letzten beiden Wörtern noch »erheblichen« eingefügt, was die Aussage korrekter, jedoch keineswegs plausibel macht.

Glaubt die Bundesregierung wirklich, was sie da behauptet? Mittlerweile beziehen über 2 Mio. Kinder unter 18 Jahren entweder Arbeitslosengeld II oder das im Volksmund ebenfalls »Hartz IV« genannte Sozialgeld. Je nach Lebensalter sind das 236, 291 bzw. 311 Euro pro Monat (plus Miet- und Heizkosten). Lebensmitteltafeln versorgen nach eigenen Angaben regelmäßig ca. 1,5 Mio. Menschen mit Essen, von denen sich ungefähr ein Drittel im Kindesalter befinden. Leiden diese Minderjährigen etwa nicht unter erheblichen materiellen Entbehrungen, oder sind 500.000 tatsächlich »wenige«, wie der Regierungsbericht suggeriert? Darin wird der Eindruck erweckt, als habe man die Kinderarmut seit Einführung des »Bildungs- und Teilhabepaketes« zum 1. Januar 2011 im Griff: »Durch das Bildungs- und Teilhabepaket (Volumen im Jahr 2015: 569,5 Millionen Euro) wird das spezifische sozio-kulturelle Existenzminimum von hilfebedürftigen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe und der Grundsicherung für Arbeitsuchende, für Familien mit Bezug von Kinderzuschlag oder Wohngeld und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gesichert.«

Obwohl die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes in einem ausgesprochen komplizierten Verfahren beantragt werden müssen, was viele eigentlich anspruchsberechtigte Eltern davon abhält, darauf zuzugreifen, höchstens den Wert von 250 Euro pro Jahr erreichen und seit sechs Jahren nicht angehoben worden sind, will die Bundesregierung sie nicht an die gestiegenen Preise anpassen, sondern nur seine Bekanntheit erhöhen und »prüfen, ob bürokratische Hürden bestehen und abgebaut werden können.«

CDU, CSU und SPD nehmen das Problem der Kinderarmut nicht ernst. So haben sie zwar den Regelbedarf von Arbeitslosengeld-II-BezieherInnen sowie Schulkindern und Jugendlichen im Hartz-IV-Bezug zum Jahresbeginn 2017 leicht erhöht, die Kinder unter sechs Jahren jedoch leer ausgehen lassen. Ab 1. Juli entfristet die Große Koalition den staatlichen Unterhaltsvorschuss hinsichtlich seiner Höchstleistungsdauer und setzt die Altersbegrenzung von 12 auf 18 Jahre herauf. Vielen alleinerziehenden Müttern im Arbeitslosengeld-II-Bezug nützen diese Verbesserungen aber nichts, weil die ihnen künftig länger gezahlten Leistungen auf Hartz IV angerechnet werden.

Verharmlost wird auch das seit Jahren deutlich steigende Risiko der Altersarmut, über die es im Bericht heißt: »Die Altersgruppe der Ab-65-Jährigen ist durchschnittlich weniger von Armutsgefährdung betroffen als die Gesamtbevölkerung. Die Armutsrisikoquote und der Anteil der von erheblicher materiel-

ler Deprivation Betroffenen im Alter ab 65 Jahren sind deutlich niedriger als in der Gesamtbevölkerung.« Da am 31. Dezember 2015 »nur« 536.121 Personen über 64 Jahren Grundsicherung im Alter bezogen, lag auch die Mindestsicherungsquote der SeniorInnen weit unter der jüngerer Altersgruppen, wie die Bundesregierung beruhigt feststellt.

Abgesehen davon, dass eine altersgruppen- und geschlechterspezifische Datenauswertung ergäbe, dass die Armutsbetroffenheit alleinlebender Greisinnen weit über dem Bevölkerungsdurchschnitt liegt, ist die Dunkelziffer, d.h. der Anteil jener Menschen, die ihnen eigentlich zustehende Grundsicherungsleistungen nicht beantragen, weil sie keine Informationen darüber haben, weil sie zu stolz sind, weil sie sich schämen, weil sie den bürokratischen Aufwand scheuen oder weil sie den Unterhaltsrückgriff der Ämter auf Kinder und/oder Enkel fürchten, unter Seniorinnen und Senioren bekanntermaßen extrem hoch.

Dass die Armuts(risiko)quote und der Transferleistungsbezug seit Jahren in keiner Altersgruppe so stark wachsen wie unter den SeniorInnen, erfährt der Leser des Regierungsberichts ebenfalls nicht. Vielmehr spricht dieser vom Risiko der »Altersarmut« bezeichnenderweise oft in Anführungszeichen, obwohl von weit mehr als einer Million Ruheständlerinnen und Ruheständlern auszugehen ist, die mit 799 Euro pro Monat im Bundesdurchschnitt auf dem Hartz-IV-Niveau leben. Mehr als 940.000 Menschen über 64 Jahren haben einen Minijob, mit dessen Lohn von maximal 450 Euro im Monat die meisten ihre kleine Rente aufstocken dürften; fast 175.000 davon sind 75 Jahre oder älter. Was machen diese SeniorInnen eigentlich, wenn sie pflegebedürftig werden und nicht mehr arbeiten können und/oder als Hochbetagte mehr Geld für medizinische (Spezial-)Behandlungen sowie Medikamente, Heil- und Hilfsmittel brauchen?

Fazit und Schlussfolgerungen

Trotz aller Beschönigungs-, Beschwichtigungs- und Entschuldigungsversuche lässt der vorgelegte Bericht eine dreifache Spaltung erkennen: Erstens wachsen Armut und Reichtum gleichermaßen, sind also zwei Seiten derselben Medaille. Dies zeigt sich besonders deutlich beim Vermögen, das sich zunehmend bei wenigen Hyperreichen konzentriert, die über riesiges Kapitaleigentum verfügen und meistens auch große Erbschaften machen. Während die reichsten 10% der Bevölkerung fast 52% des Nettogesamtvermögens besitzen, kommt die ärmere Hälfte der Bevölkerung gerade mal auf 1%. Wenn man die statistische Unsicherheit bei der Erfassung von Hochvermögenden in Rechnung stellt, dürfte die reale soziale Ungleichheit noch viel größer sein, als es solche Zahlen erkennen lassen. Jedenfalls schätzt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), dass sich ein Drittel (31 bis 34%) des Gesamtvermögens beim reichsten Prozent der Bevölkerung und zwischen 14 und 16% des Gesamtvermögens beim reichsten Promille der Bevölkerung konzentriert.

Über 40 Mio. Menschen leben hingegen von der Hand in den Mund, anders formuliert: Sie sind nur eine Kündigung oder eine schwere Krankheit von der Armut entfernt. Zweitens geht

der wachsende private Reichtum mit öffentlicher Verarmung sowie Mängeln der öffentlichen Daseinsvorsorge bzw. der sozialen und Bildungsinfrastruktur einher, worunter die Armen wiederum am meisten leiden. Drittens findet auch eine sozialräumliche Spaltung des Landes statt. Je nachdem, in welcher Region die Menschen wohnen, unterscheiden sich ihre Chancen, im Wohlstand zu leben, obwohl das Grundgesetz die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse fordert.

Armuts- und Reichtumsberichte könnten eine gute Basis für die Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik der Bundesregierung sein, wenn sie die »Lebenslagen in Deutschland« kritisch analysieren, die gesellschaftlichen Ursachen für wachsende Ungleichheit ergründen und daraus entsprechende Handlungsempfehlungen ableiten würden.

Stattdessen wird die gesellschaftliche Realität verdrängt, die Konzentration des Reichtums verschleiert und die Armut verharmlost. Vielerorts gehören Menschen, die in Müllcontainern nach Pfandflaschen suchen, heute zum »normalen« Stadtbild. Wer ohne politische Scheuklappen durch unsere Straßen geht und genau hinschaut, kommt zu einem anderen Ergebnis als der Regierungsbericht: Momentan dringt die Armut bis zur Mitte der Gesellschaft vor und droht sich zu verfestigen. In manchen Ballungsgebieten und Boomtowns der Bundesrepublik gefährden drastisch steigende Mieten und Energiepreise sogar den Lebensstandard von NormalverdienerInnen und verstärken die Angst vieler Mittelschichtangehöriger vor dem sozialen Abstieg. Die soziale Ungleichheit wächst, ohne von den politischen Ent-

scheidungsträgerInnen als Kardinalproblem der Gesellschaftsentwicklung wahrgenommen zu werden.

Der neue Armuts- und Reichtumsbericht bietet eine Fülle mehr oder minder informativer Tabellen und Schaubilder, die viel Beachtung finden dürften. Erstere dokumentieren z.B. die Entwicklung der Brutto- und Nettolöhne sowie der Brutto- und Nettogehälter, aber auch die in Beratungsstellen beratenen Personen nach Lebensform sowie das Volumen der von den Finanzverwaltungen veranlagten Vermögensübertragungen aus Erbschaften, Vermächtnissen und Schenkungen in Mrd. Euro. Letztere stellen die Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit im Zehnjahresvergleich ebenso dar wie die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, aber auch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft von 1972 bis 2016 und die zehn Berufsgruppen mit hohen und geringen Fehlzeiten je AOK-Mitglied. Teilweise gleicht der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht allerdings einem riesigen Datenfriedhof, weil ihn die Bundesregierung wie sämtliche Berichte dieser Art benutzt, um dem (Wahl-) Volk ihre Politik als Erfolgsgeschichte zu verkaufen.

Literatur

Butterwegge, Christoph: Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird, 4. Aufl., Frankfurt a.M./New York: Campus 2016

Butterwegge, Christoph: Armut, 2. Aufl. Köln: PapyRossa 2017

Jetzt drei Wochen gratis* lesen:

Zeitung für Malocher, nicht für Millionäre.

* Und hier das Kleingedruckte:

Kostenlos! Unverbindlich! Endet automatisch!
Muss nicht abbestellt werden!
Einfach zum jW-Kennenlernen!

www.jungewelt.de/probeabo

[facebook.com/junge.welt](https://www.facebook.com/junge.welt)

twitter.com/jungewelt

030/53 63 55-50



Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigelegten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie ☐ Wer rettet ☐ Mandel ☐ Urban
- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie ☐ Wer rettet ☐ Mandel ☐ Urban
- ☐ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____
(3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- ☐ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

